

Herborner Tageblatt.



Erscheint an jedem Wochentage
abends. Bezugspreis: Viertel-
jährlich ohne Botenlohn 1.40 M.

Organ für den Dillkreis und den Westerwald.

Druck und Verlag der J. M. Beck'schen Buchdruckerei, Otto Beck, Herborn.

Anzeigen kosten die kleine Zeile
15 Pfennig. — Reklamen die
Zeile 40 Pfennig.

Geschäftsstelle: Kaiserstraße 7.

Für die Redaktion verantwortlich: Otto Beck.

Fernsprech-Anschluß Nr. 29.

Nr. 21.

Sonntag, den 25. Januar 1914.

71. Jahrgang.

Belästigung des Deutschen Kronprinzen.

Vom Posten festgenommen.

Berlin, 23. Januar.

Als der Deutsche Kronprinz heute nachmittags kurz nach 3 Uhr im Automobil in sein Palais Unter den Linden zurückkehrte, stürzte ein Mann die Rampe hinauf und gelangte bis an den Wagenschlag. Der sofort hinaufspringende Posten packte den Mann und drängte ihn gewaltsam ins Schilderhaus. Der Kronprinz, der inzwischen mit seinem Adjutanten dem Wagen entstieg, beobachtete noch die von zwei sofort herbeigeeilten Schutzleuten vorgenommene Festnahme. Der Mann wurde zunächst in die dem Palais gegenüberliegende Hauptwache abgeliefert.

Die amtliche Darstellung des Falles lautet folgendermaßen: Der am 7. Juli 1887 zu Colmar geborene Schneider Leopold, jetzt in Berlin wohnhaft, lief heute, als der Kronprinz in sein Palais zurückkehrte, hinter dem Automobil her. Der Mann macht den Eindruck eines Geistesgestörten. In seinen kühnen Reden behauptet der Festgenommene, ein Bruder des Kronprinzen zu sein, den er um eine Unterstützung für seinen Lebensunterhalt hätte bitten wollen. Der Mann wird auf seinen Geisteszustand untersucht werden.

Rücktritt der albanischen Regierung.

Ausreise des Prinzen Wied.

Salona, 23. Januar.

Die provisorische albanische Regierung mit Ismail Kemal an der Spitze ist zurückgetreten und hat ihre Vollmachten in die Hände der internationalen Kontrollkommission gelegt. Diese hat nunmehr die Regierung übernommen. Der bisherige Minister des Innern, Feriz-Bei, hat im Auftrage der Kommission die Leitung der Regierungsgeschäfte in Salona übernommen. Gleichzeitig wird der Bevölkerung verkündet, der Prinz zu Wied habe die Kabinette verständigt, daß er, nachdem er Besuche in Wien und Rom gemacht haben würde, in den ersten Februartagen in Albanien zu landen gedenke.

König Konstantin über die Balkanfragen.

Sympathie für Albanien.

Athen, 23. Januar.

König Konstantin von Griechenland hat dem Vertreter eines Berliner Blattes eine Audienz gewährt und sich eingehend über alle wichtigen Balkanfragen ausgelassen. Bezüglich des neuen Staates Albanien erklärte der König u. a.:

„Ich bringe Albanien keineswegs unfreundliche Gefühle entgegen. Was darüber in Europa behauptet werde, ist falsch. Wir wünschen im Gegenteil“, sagte König Konstantin, „daß Albanien, dessen Verhältnisse augenblicklich allerdings ziemlich zerfahren zu sein scheinen, sich entwickele und gedeihe. Wir wünschen ferner, mit Albanien in den besten Beziehungen zu leben. Nichts kann uns willkommener sein als ein friedlicher Nachbar an unserer Nordwestgrenze. Auch hat der König von Rumänien mich gebeten, daß ich dem Prinzen zu Wied freundlich entgegenkomme. An uns wird es also sicher nicht fehlen.“

Mit der Lösung der Inselfrage ist der König zufrieden und betont: „Der griechische Vorschlag, welcher einen Zusammenhang zwischen der epirotischen Frage und der Inselfrage schaffen will, hat den Vorteil, daß wenigstens die Inselfrage sofort in befriedigender Weise gelöst wird. Ohne diesen Vorschlag hätte es geheißen, daß wir, unter Verlust des Epirus, die Inselfrage bis in alle Ewigkeit vertagt geben hätten, und dann lägen wir mit der Nase im Wasser.“

Rund um die Woche.

Eine Woche schnell entschlachter Mißverständnisse. Die berühmte Mainlinie war auf einmal wieder da, der scharfe Grenzstrich zwischen Nord- und Süddeutschland. Auf dem Kreuzentage in Berlin war von einem General eine Rede gehalten worden, die — im Zeitungsbericht in zwei kurze Sätze zusammengezogen — den Eindruck erweckte, als werde darin die bayerische Tapferkeit von 1870/71 angezweifelt. Zeitungsprotokolle, Landtagsprotokolle, Regierungsprotokolle: in Bayern. Der General erklärte, mißverstanden zu sein und gab in mehreren öffentlichen Erklärungen bekannt, es habe ihm nichts ferner gelegen, als die Haltung der bayerischen Armee im Jahre 1870 zu bezeugen. Nur zum Zusammenhaken der übrigen deutschen Staaten mit: Bayern gegen demokratische Bestrebungen habe er mahnen wollen, und dazu das Beispiel herangezogen, wie 1876 die Preußen den Bayern in bedrängter Lage zu Hilfe gekommen seien, gleichwie es umgekehrt der Fall gewesen sei. Offenlich klären sich bald alle Mißverständnisse.

In Berlin sollen in diese aufgeregte Zeit die alljährlichen großen Hoffeste, und namentlich zum Ordensfest werden diesmal viele Bemerkungen gemacht, weil der Oberst v. Reuter und ein Oberstleutnant a. D. v. Forstner, letzterer der Senior seines Geschlechts, den roten Adlerorden 3. Klasse erhalten haben. Warum? fragt Freitag auch Dr. Frank im Reichstage. „Weil sie dran waren!“ lautet die Antwort. Und besonders wichtige Leute fügen hinzu: solche Dekorationen seien eine Alterserscheinung, wie die Glatze oder das Bippelchen. Die Ordensverleihungen gehören zum allerpersönlichsten Bereich eines Monarchen und sollten daher nicht als politisches Ereignis bewertet werden; sodann aber wäre ein Unterbleiben der Ordensverleihung an Oberst v. Reuter, zu der er „daran war“, auch eine Art Demonstration gewesen.

Es ist nicht immer angenehm, Regierung zu sein. Fürst Bülow hat einmal gesagt, man siehe als Minister „in der Dredlinie.“ Und Herr v. Bethmann hat dieser Tage von seinen schlaflosen Nächten gesprochen, in denen er, von seiner Verantwortung gepackt, mit Entschlüssen ringt. Darüber ist im Reichstage gespottet worden. Nun, selbst ein Mann wie Goethe hat von seinen schlaflosen Nächten in einem Brief an Voßler erzählt. Nächten, in denen seine besten Entschlüsse geboren seien; und Fürst Bismarck stand häufig nach stundenlangem Denken mitten in der Nacht auf, um wichtige Gedanken zu Papier zu bringen, die später Glanzpunkte seiner Reichstagsrede waren.

In der auswärtigen Politik steht nicht alles gut. Vom Marokko-Vertrage bis zur Frage der deutschen Militärmission in Konstantinopel haben wir immerhin manches erlebt, das — anders hätte kommen können; insbesondere in der neuesten Affäre muß man zugeben, daß die Türken sozusagen auf Befehl Rußlands uns hintenangefetzt und den General v. Liman seiner direkten Kommandogewalt entkleidet haben. Aber in leitenden Kreisen bei uns nimmt man es schließlich nicht übel, denn man weiß, daß die Rußlands Wohlwollen brauchen, wenn sie demnächst — zum dritten Balkankriege schreiten, dem der Türken und Bulgaren gegen Serben und Griechen, wenn die Frage der kleinasiatischen Inseln zum Austrag kommt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

+ Die Budgetkommission des Reichstages hat erneut die Stimmekanzel für Postbeamte abgelehnt. Die Ablehnung der von der Regierung wieder eingebrachten Vorlage erfolgte gegen die Stimmen der Konservativen, Nationalliberalen und Volksparteier. Dagegen fand der Antrag der Konservativen Annahme, den aus dem Arbeits- und Handwerksverhältnis hervorgegangenen Post- und Telegraphenbeamten in den Fällen, in denen die Nichtanrechnung der Arbeits- und Handwerksverdienstjahre auf das Besoldungsdienstalter Gehaltsunterschiede gegenüber den aus anderen Anwärterverhältnissen hervorgegangenen Unterbeamten zur Folge hat, Ausgleichszulagen zum Gehalt zu gewähren.

+ Der türkische Botschafter in Berlin, Mahmud Mukhtar Pascha, der in seiner Eigenschaft als türkischer General pensioniert worden ist, bleibt trotzdem türkischer Botschafter in Berlin. Damit ist nun auch der politische Fall, bei dem gewisse Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Großvezir und dem Kriegsminister zutage traten, vollständig erledigt. Mahmud Mukhtar-Pascha, der erst seit dem 30. April v. J. auf dem hiesigen Botschafterposten steht, wird auch zukünftig, wie bisher, die guten Beziehungen der Türkei zum Deutschen Reich pflegen und vertreteln.

+ Ein Reichszigarettenmonopol ist, wie mit Bestimmtheit in Berliner parlamentarischen Kreisen verlautet, in Aussicht genommen. Erwägungen zwischen dem Reichsamt des Innern und der Regierung der einzelnen Bundesstaaten schweben schon seit längerer Zeit. Das Reichsamt hat bereits einen bis in die Einzelheiten gehenden Gesetzesentwurf ausgearbeitet.

+ In der Leitung der deutschen Kriegervereine ist ein Wechsel eingetreten insofern, als Generaloberst v. Lindequist, der nach dem Tode des Generals v. Spitz die Leitung übernahm, sein Amt als Vorsitzender niedergelegt hat. Unter dem Generaloberst v. Lindequist hat das deutsche Kriegervereinswesen sich beträchtlich weiter entwickelt; besonders die sozialen Einrichtungen wurden ausgebaut. Zum Nachfolger des bisherigen Leiters ist der General der Infanterie v. Bloch, der mehrere Jahre das 8. Armee-Korps befehligte, bestimmt worden.

Schweden.

+ Die angekündigte Verstärkung der Landesverteidigung wird ziemlich umfangreich werden. Die Dienstzeit wird allgemein um zehn Prozent verlängert. Sie beträgt bisher bei der Infanterie 240, bei der Kavallerie und den Spezialwaffen 365 Tage. Die Infanterie soll mit Mitrailleuren und einer Fliegertruppe ausgerüstet werden. Die bessere Ausbildung der Infanterie soll vor allem dadurch ermöglicht werden, daß Winterübungen abgehalten werden sollen. Diese Winterübungen sollen etwa eine verlängerte Dienstzeit während der Wintermonate bedeuten, sondern eine vollständige militärische Ausbildung der Truppen unter den schwierigsten Verhältnissen im hochnordischen Winter, denn es wäre doch möglich, daß Schweden gezwungen sein könnte, unter Umständen dort oben gegen Rußland zu kämpfen.

Oesterreich-Ungarn.

+ Zu neuen Stürmchen im Abgeordnetenhaus kam es infolge der Haltung der Opposition. Diese wollte jegliche Beratung unmöglich machen und verurteilte einen derartigen Vorschlag, daß auf Veranlassung des Präsidenten die Parlamentswahlen eingeleitet wurden, die schließlich eine ganze Reihe von oppositionellen Abgeordneten aus dem Sitzungssaal entfernte. Zwischen dem Ministerpräsidenten Grafen Tisza und dem Abgeordneten Deek kam es zu einem so heftigen Zusammenstoß, daß letzterer den Grafen Tisza zum Duell forderte.

Aus In- und Ausland.

Berlin, 23. Jan. Wie vor einigen Tagen, so sind auch neuerlich wieder Gerüchte über angeblich bevorstehenden Wechsel in den leitenden Stellen des Auswärtigen und Kolonialamtes im Umlauf. An diesen Gerüchten ist kein wahres Wort.

Wien, 23. Jan. Für das hier zu errichtende Dreihundertmal hat der Fürst von Thurn und Taxis 200 000 Kronen gestiftet.

Deutscher Reichstag.

(198. Sitzung.)

CB. Berlin, 23. Januar.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler v. Bethmann Hollweg, die Staatssekretäre Dr. Delbrück, Rüch, Bischoff, Jagow, Kriegsminister v. Falkenhayn, Staatssekretär Kraetke.

In der Hofloge: der Prinz zu Wied, der künftige Fürst von Albanien, und der Chef des Kaiserlichen Marinekabinetts, Admiral v. Müller. Auf der Tagesordnung stehen die neuen

Interpellationen über Zabern.

Abg. Dr. Frank (Soz.): Das Volk will endlich sehen, was auch im Reichslande dem Recht zum Sieg verholfen wird. Der Reichskanzler hat wiederholt erklärt: Recht muß Recht bleiben! Er hat das Vorgehen des Obersten v. Reuter für gesetzwidrig erklärt; schließlich hat er aber den Gerichtshofen veranlaßt, dennoch auf die Verurteilung gegen das freisprechende Urteil zu verzichten. Er hat sich nicht von der Gerechtigkeit, sondern von politischen Erwägungen leiten lassen, nichts in der Welt ist aber politisch so notwendig wie die Gerechtigkeit! (Beifall links.) Die Urteile von Strassburg beweisen gar nichts über Schuld oder Nichtschuld der Offiziere und der Zivilverwaltung, sie beweisen einzig und allein die Unhaltbarkeit der Militärgerichtsbarkeit. (Beif. Zustimmung links.) Darum verlangen wir die Abschaffung der Militärjustiz. Selbst auf der Grundlage der völlig ungültigen Rabinettssorder von 1820 müßte eine Verurteilung der Offiziere erfolgen, denn die Voraussetzungen dieser Order lagen nicht vor. Herr v. Jagow wäre der gegebene Diktator für Elß-Lothringen und das ganze Reich. Von ihm gilt das Wort, er ist zu nichts und zu allem fähig. Die Kronprinzenbesuche zeigen einen Stil, als ob sie von Herrn v. Oldenburg-Danischau verfaßt sind. Sie sind staatsrechtlich nicht von Bedeutung, aber politisch unheilvoll und unerträglich. Der künftige deutsche Kaiser steht in Verbindung mit den Verächtern der Verfassung und den Staatsfeindlichen. (Beif. Entrüstungsrufe auf der Rechten. Auf links: Ruhe in der Spirituszentrale. Erst nach einigen Minuten gelangt es dem Präsidenten, die Ruhe wiederherzustellen.) Was den Breitenbund anbetrifft, so hat 1820 diese Kamarkissa genau so gewettert gegen das preussische Abgeordnetenhaus, wie sie heute gegen die „gemildete Gesellschaft“ des Reichstages wettert.

Der Kanzler für den Kronprinzen.

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg: Ich bin gezwungen, sofort Verwahrung einzulegen gegen die Worte, die der Redner gegen den Deutschen Kronprinzen gebraucht hat. (Beifall rechts — Unruhe bei den Soz.) Diese Worte atmen den ganzen Gah der Sozialdemokraten gegen jeden soldatischen Geist. (Beifall rechts — Lärm bei den Soz.) Der Vorredner hat gesagt, der Kronprinz gehe Hand in Hand mit Staatsfeindlichen und Verfassungsverächtern. (Sehr richtig! bei den Soz.) Das ist ein unerhörter Vorwurf (Lärm bei den Soz. — Lauter Beifall rechts), den ich mit aller Entschiedenheit zurückweisen muß. (Lauter Beifall rechts — Unruhe und Hohn bei den Soz.)

Abg. Dr. v. Liszt (Sp.) begründet die fortschrittliche Intervention: Wir haben nicht die Absicht, die Debatte vom 2. und 4. Dezember zu wiederholen. Aber die Vorgänge, die inzwischen eingetreten sind, zeigen doch deutlich, wie recht damals der Reichstag mit seinem Mißtrauensvotum gehabt hat. Die ganze Aufregung wäre vermieden worden, wenn ihr Erreger, der junge Leutnant, seinerzeit zur Verhütung seiner Nerven auf acht Tage nach Hause geschickt worden wäre. Heute ist die Angelegenheit eine

Frage des deutschen Rechts

geworden. (Sehr richtig! links.) Die Welle der Bewegung hat längst über die Grenzen des Deutschen Reiches hinausgeschlagen. Wir haben nicht die Absicht, auf die kriegsgerichtlichen Verfahren gegen den Leutnant v. Forstner und den Obersten v. Reuter einzugehen, obwohl dazu alle Veranlassung vorliegt. Eingegen fordert es aber die Kritik heraus, daß man darauf verzichtet hat, das Urteil im Wege der Revision anzufechten. Wenn dem Leutnant v. Forstner der Vorwurf der Körperverletzung nicht nachgewiesen werden konnte: einer fahrlässigen Körperverletzung hat er sich auf alle Fälle schuldig gemacht. In der Urteilsbegründung gegen den Oberst v. Reuter ist gesagt worden, daß er sich der Rechtswidrigkeit seiner Handlungsweise nicht bewußt gewesen sei. Nun ist in der Verhandlung aber festgestellt worden, daß der Oberst auf diese Rechtswidrigkeit ausdrücklich aufmerksam gemacht worden ist. Es liegt also zum mindesten der dolus eventualis vor, und es wäre durchaus wünschenswert, ja direkt erforderlich gewesen.

Die Entscheidung des Reichsmilitärgerichts

einaufordern. Statt dessen hat man auf die Einlegung der Rechtsmittel verzichtet, und das ist der Vorwurf, der dem Reichskanzler gemacht werden muß, daß er dazu seine Hand bot. Aber bedauerlicherweise werden unsere Offiziere in der Auffassung erzogen, daß für sie andere Bestimmungen gelten. Zweifellos liegen Rechtswidrigkeiten vor. Selbst wenn

Die Rabinettssorder von 1820

dem militärischen Vorgehen zugrunde liegen würde, hat sich Oberst v. Reuter einer Rechtsverletzung schuldig gemacht. Der Reichskanzler hat aber ausdrücklich erklärt, daß die Vorgänge bei der Räumung des Schloßplatzes im Gele kein Boden finden. Tatsächlich hat das militärische Vorgehen zu unerträglichen Zuständen geführt. Wir verlangen volle Rechtssicherheit für alle Teile. Der angekündigten Änderung der Dienstvorschriften stehen wir skeptisch gegenüber.

Wir wollen auch ein starkes Preußen.

aber wir verlangen, daß es dem Reiche gibt, was des Reiches ist. (Sehr richtig.) Den paar Leuten im Preußenbunde bestreiten wir das Recht, sich als Träger des Preußengeistes zu bezeichnen. (Sehr gut! Stürmische Zustimmung.) Das ist Maulheldentum (Stürmische lebhafteste Zustimmung.) und nicht der Preußengeist von 1813 (Sehr richtig! Beifall.)

Reichskanzler v. Bethmann Hollweg:

Daß Klarheit darüber bestehen muß, in welchen Fällen das Militär bei Unruhen eingegriffen hat, ist selbstverständlich. Der Grundgedanke, daß das Militär regelmäßig erst auf Ersuchen der Zivilbehörden einschreiten darf, ist verfassungsmäßiges Recht, soweit es in allen Bundesstaaten, jedenfalls in Preußen, das in Ausnahmefällen

einer Requisition nicht bedarf, ist von der preussischen Verfassungsurkunde ausdrücklich und prinzipiell anerkannt worden, sonst wäre es nicht einem besonderen Gesetz vorbehalten worden. Dieses Gesetz ist tatsächlich nicht erlassen. Es entsteht nun die Frage, ob aus dem Fehlen dieses Gesetzes geschlossen werden muß, daß das Militär niemals und unter keinen Umständen einschreiten darf, wenn es an einer Requisition der Zivilbehörden fehlt. Von den reichsgeschiedlichen Fällen der Selbsthilfe und der Selbstverteidigung braucht es nicht zu sprechen. Ebenso auszuweisen haben die gesetzlich geregelten Fälle des Krieges- und Belagerungszustandes. Weiterhin muß dem Militär auch ohne besondere gesetzliche Ermächtigung das Recht ausgedehnt werden, selbständig einzugreifen, wenn es sich um die Beseitigung von Hindernissen handelt, die sich ihm bei der Ausübung staatshoheitlicher Funktionen, bei militärischen Übungen, auf Wachen und Posten usw. entgegenstellen. Und endlich wird dem Militär das Recht ausgedehnt werden müssen.

auch ohne Requisition der Zivilbehörden einzugreifen, wenn die Zivilbehörden überwältigt oder aus anderen Gründen außerstande gesetzt worden sind, die Requisition zu erlassen. Die Vorschriften über den Waffengebrauch des Militärs und seine Mitwirkung bei der Unterdrückung innerer Unruhen vom 23. März 1899, die jetzt durch die bayerischen Vorgänge in den Vordergrund gerückt worden sind, sind eine für den Dienstgebrauch des preussischen Militärs und der angeschlossenen Kontingente bestimmte Zusammenfassung der Fälle, in welchen das Militär beauftragt sein soll, einzugreifen. Daß Oberst v. Reuter diese Instruktion auf ihre Rechtsgültigkeit nicht nachprüfen, sondern zu befolgen hatte, darüber besteht wohl kein ernsthafter Streit. Man streift über die

Gesetzeskraft der Kabinettsorder von 1820.

Nach meinem Dafürhalten geht dieser Streit an dem Kern der Sache doch einigermaßen vorbei. Die Kabinettsorder von 1820, soweit sie in die Instruktion von 1899 aufgenommen ist, regelt zunächst das Verhalten des Militärs für den Fall, daß es von der Zivilbehörde requiriert worden ist. Weiterhin bestimmt die Kabinettsorder, wie sich das Militär verhalten soll, wenn die Zivilbehörde nicht requirieren konnte, weil sie überwältigt war oder aus anderen Gründen außerstande gesetzt wurde, die Requisition zu erlassen. Insofern kann die Rechtsgültigkeit der Instruktion von 1899 in keiner Weise bezweifelt werden. Die Order bestimmt weiter, daß das Militär auch ohne Requisition der Zivilbehörden einschreiten dürfe, wenn die Zivilbehörden mit der Requisition zu lange zögern, in Fällen, in denen ihre Kraft nicht mehr ausreicht. Darüber, ob diese Vorschrift in Verfassung und Gesetz die notwendige Grundlage findet, ist jetzt Streit entstanden. Seit 1820 ist dies noch nie der Fall gewesen, und vor allem: diese Vorschrift ist in der ganzen Zeit bis auf den einen Fall in Bayern niemals praktisch angewendet worden. (Hört, hört! und Weiterkeit links.) Nun hat das Kriegsgericht in Straßburg es als unannehmlich hingestellt, daß die Dienstanweisung von 1899

für das Militär unbedingt rechtsverbindlich

ist. Zu einer Prüfung der Frage, ob die Kabinettsorder von 1820 Gesetzeskraft hätte, ist das Kriegsgericht überhaupt nicht gekommen, denn die Frage, ob der Oberst v. Reuter strafbar oder straflos sei, hing rechtlich lediglich von der Frage ab, ob sein Vorgehen durch die Dienstinstruktion von 1899 gedeckt wurde. Aus demselben Grunde würde auch ein Verurteilungs- oder Revisionsgericht sich niemals mit der Frage der Rechtskraft der Kabinettsorder von 1820 zu befassen gehabt haben. Über die Frage, ob die Dienstanweisung mit dem allgemeinen Rechtszustand übereinstimmt, ist die Prüfung im Gange. Sie wird mit möglicher Beschleunigung durchgeführt werden, und mit ihrem Ergebnis wird die Dienstanweisung in Einklang gebracht werden. Damit ist alles geschehen, was zurzeit geschehen kann. Es ist der Versuch gemacht worden, die Vorgänge in Bayern zu benutzen.

Wegenstände zwischen Nord und Süd zu konstruieren.

Dieser Versuch muß im Keime erstickt werden. (Beifall.) Die Schlachten von Borth, Weidenburg usw. finden den Ruhm der bayerischen Armee, und die Siege von 1870 veränderten den Mut der geeinten deutschen Volkstämme. Der Reichsführer wendet sich nun besonders gegen die Sozialdemokraten, und besteht sich auf den „Vormarsch“, der Demokratisierung der Armee, Beseitigung der kaiserlichen Kommandogewalt, Einführung eines demokratischen Militärsystems verlangt habe, und schließlich: Fahren Sie so fort (Lachen und Unruhe links.) in den Angriffen auf unser Volkstum! Darin versteht der Deutsche keinen Spaß! (Sehr richtig! rechts, Lachen links.) Zuruf: Wir sind aus Deutschland! Unser Militär ist kein Instrument für Parteizwecke. Es soll kein Volkseidmännchen sein, und es widersteht sowohl mit wie meinem Mitarbeiter, dem Herrn Kriegsminister, das Militär zur Unterdrückung innerer Unruhen heranzuziehen. Der

Weist strenger Selbstzucht in unserer Armee

widerlegt alle Klagen, als ob der deutsche Bürger gegenüber dem Militär schuldlos sei. Der Ruhm, daß unsere Armee ein Volkstum ist, wie kein zweites in der Welt, wird nicht geschmälert dadurch, daß sich an einem Orte des Reiches Vorgänge abgespielt haben, deren Wiederholung wir alle nicht wünschen. (Beifall bei den Konversationen. Zwischen bei den Soz.)

Besprechung der Interpellationen.

Abg. Lehrenbach (3.): Wir sind heute in der erfreulichen Lage, den Worten des Reichsführers eine andere Aufnahme entgegenzubringen (Abf. links) als am 3. und 4. Dezember. Das, was ich damals gesagt habe, bleibt uneingeschränkt bestehen. Aber heute stehen wir hinter dem Reichsführer, wenn er sagt, daß es jetzt Zeit sei, die Wunde zu heilen, und daß der Fall Bayern manche trübe Blüten aufgewühlt habe. Ich nehme an, daß er bei seinen sorgfältig gewählten Worten mit den „trüben Blüten“ auch die Worte gemeint hat, die über den Reichstag gefallen sind, und die unser Herr Präsident in so würdiger und energischer Weise bereits zurückgewiesen hat. (Bravo! links u. h. Zentr.) Wenn die Elbschlag-Vorbringer jetzt eine andere Regierung bekommen, so haben wir den Wunsch, daß sie eine fröhliche Regierung bekommt, die den Wünschen des Volkes auch Rechnung trägt. Die Elbschlag-Vorbringer würden im übrigen Vaterlande auf größeres Verständnis stoßen, wenn sie sich von den

nationalistischen Treiberen

trennen und versuchen würden, ein harter Akt am fröhlichen deutschen Baum zu werden. (Beifall.) Wir wollen ein tüchtiges und starkes Heer, aber es wird keine große Aufgabe nur erfüllen, wenn es aus dem Volk hervorgeht. Deutsches Volk und deutsches Heer müssen in untrennbarem Zusammenhang bleiben. (Bravo rechts und in der Mitte.) Das Sprüchlein vom

Eingriff in die Kommandogewalt

wird immer wieder vorgebracht, besonders, wenn es sich um die Verwilligung von Kavallerie-Regimenten oder um die Stadtkommandantur handelt. Es sind meistens Budgetforderungen, und wenn die Ablehnung einen Eingriff in die Kommandogewalt bedeutet, bedeutet auch die Verwilligung einen Eingriff. Welche Angriffe sind nicht gegen den Reichstag gerichtet worden! Auch mir gefällt er nicht. (Stürmische Weiterkeit.) Aber er ist nun einmal die Volksvertretung und verdient deshalb Achtung.

Abg. Wassermann (nail.): Es gilt Arbeit zu schaffen über die Abgrenzung der Befugnisse der Zivil- und Militärbehörden. Wenn der Reichsführer auf die Stimmen der ausländischen Presse hinweist, sei nur daran erinnert, daß die rechtschreibende Presse fälschlich sagt, die Rechte des Kaisers sollten durch den Parlamentarismus und die Herrschaft der Demokratie bedroht werden. Wir werden uns wehren gegen den Radikalismus von links und von rechts, wir werden

den goldenen Mittelweg

halten. Wir sind zu unserer Abstimmung vom 9. Dezember gekommen, weil die Reichsleitung trotz der Diskussionen zwischen Militär- und Zivilbehörden nicht einschränkt; es war keine Stellungnahme für oder gegen das Militär. Wir halten die Vorrechte der Kommandogewalt voll aufrecht, daneben steht aber das Bewilligungsrecht des Reichstags. Es müssen Rechtsicherheiten der Bürger gegen unberechtigte Festnahme getroffen werden. Die glänzende Entwicklung Deutschlands ist erfolgt im Zusammenwirken von Parlament und Regierung. Diese Entwicklung geht aufwärts und vorwärts und wird sich nicht aufhalten lassen. Und wir fördern sie, wenn wir den Reichsgedanken hochhalten. (Beifall.)

Abg. Graf Westarp (1.): Wir können unferreits nicht zugeben, daß der Reichstag das zuständige Forum ist, das über Ausübung und Abänderung der militärischen Gewalt Rechenschaft zu fordern hat. Die Initiativ-Anträge der Sozialdemokraten, der Elsser und der Fortschrittlichen Volkspartei werden wir deshalb ablehnen. Das Erwachen des preussischen Partikularismus ist heute hier in die Debatte hineingetragen worden. Ich möchte ausdrücklich feststellen, und ich greife damit einer parteiamtlichen Erklärung vor, daß

der Preußenbund keine konservative Gründung

ist. (Stürmische Weiterkeit links.) Ich glaube auch, daß die Kritik über einzelne Äußerungen des Preußenbundes heute über die berechtigten Grenzen hinausgegangen ist. Was das Verhältnis der preussischen Bestrebungen zu den Gefühlen der übrigen deutschen Stämme betrifft, so müssen wir betonen, daß diese Bestrebungen die Gefühle der andern Stämme nicht verletzen sollen. In der Wahrung des Reichsgedankens lassen wir uns von niemandem übertreffen. (Weiterkeit links, Beifall rechts.)

Ein Verfassungsantrag von konservativer Seite wird bei dem Widerspruch von links zurückgezogen. Der nächste Redner ist der

Abg. Schuch (Rp.): Die Stimmung im heutigen Reichstag ist eine wesentlich andere, als am 3. und 4. Dezember. Damals war der Reichstag dank der glänzenden Regie von links eine einzige schäumende Masse der Entrüstung. (Weiterkeit.) Das damals beschlossene Mißtrauensvotum richtet sich nicht gegen den Reichsführer und nicht gegen den Kriegsminister und letzten Endes gegen die Armee. (Stürmischer Widerspruch im Zentrum, bei den National-Liberalen und der Volkspartei.)

Abg. Herzog (wirtsch. Bsp.): Es ist erfreulich, daß die heutige Erörterung nicht den lebhaften Charakter der früheren Debatten trägt. Es läßt sich doch nicht leugnen, daß den Vertretern der Armee im Reichsland übel mitgespielt wurde.

Ein Vorschlag des Präsidenten auf Verlegung wird abgelehnt. Abg. Debesour, der darauf zum Wort kommen soll, läßt sich zunächst von der Rednerliste streichen.

Abg. Dr. Naumann (Rp.): Bedauerlich ist, daß hier im Reichstag kein Vertreter der Regierung für Elbschlag-Vorbringen sprechen kann.

Nachdem die Debatte noch einige Zeit weitergeführt war, vertagt sich das Haus in vorgerückter Abendstunde.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(10. Sitzung.) R. Berlin, 23. Januar.

Die bayerische Debatte im Reichstag hatte viele Abgeordnete ferngehalten. Nur vereinzelt sahen die Abgeordneten in dem Saale.

Abg. Wendt (L.) begründete einen Antrag auf vermehrte Anlage von Fischereihäfen an der Ostseeküste und in den Ostsee. Abg. Freiber v. Maltzahn (L.) Abg. Gerlach (3.) Abg. Schmiljan (Rp.) sind gleicher Meinung. Ein nationalliberaler Antrag, im nächsten Jahre den Fonds „Förderung der Fischerei“ überhaupt um 30 000 Mark zu erhöhen für die Propaganda des Fischablasses der Ostseefischereihäfen, wurde von den Fortschrittlichen und den Abg. Dr. Dietrich (Rp.) und Gerlach (3.) unterstützt. Der Landwirtschaftsminister gab seine Bereitwilligkeit zu erkennen, den durch die Hochfluten geschädigten Fischern zu helfen. So ungünstig, wie vielfach angenommen wird, sei die Lage der Ostseefischer aber nicht, ihre Zahl steige sogar. Das Fischereigesetz würde vielleicht noch in dieser Session vorgelegt werden.

Nach weiteren zustimmenden Bemerkungen der Abg. v. Böhlendorff-Kölpin (L.) Waldheim (Rp.), Dr. Reboldt (L.) und Dr. Hahn (L.) wies Freiber v. Maltzahn darauf hin, daß mit Hamburg zur Erzielung einheitlicher Schritte bereits Verhandlungen angeknüpft seien. Abg. Braun (Soz.) erklärte auch die Bereitwilligkeit, den Fischern zu helfen.

Die Anträge wurden an die Budgetkommission verwiesen. Nach weiterer unwesentlicher Debatte traten die Abg. Wolff-Metternich (3.) und Dahlem (3.) für die Flussschiffer ein. Dann vertagte sich das Haus.

Aus Nah und Fern.

Herborn, den 24. Januar.

* Die Kälte erreichte vergangene Nacht 17 Grad Celsius.

* Der hiesige Schützenverein beschloß in seiner gestrigen Generalversammlung, das 22. Gauverbandschießen des Gauess Hesses Nassau am 5., 6. und 7. Juli cr. hieselbst abzuhalten. Ferner wurde beschloffen, als Tag für den Gau-schützenfest den 3. Mai in Vorschlag zu bringen. Der Schützenverein rechnet bei seinem Feste auf die Mitwirkung der Bürgerschaft und der hiesigen Vereine, da es im Interesse der Stadt liegt, das Fest, welches von vielen fremden Schützen aus Hessen-Nassau und benachbarten Gauen besucht wird, in würdiger Weise auszugestalten.

* Die 2. Gesang- und rhythmisch-ästhetische Aufführung, die gestern im Saalbau Mehlert stattfand, hatte sich ebenfalls wieder eines sehr guten Besuches zu erfreuen, nur von Auswärts war die Besucherzahl nicht so stark wie das erstemal. Frau Dr. König, Herr Overbeck und die Mitwirkenden hatten diesmal ihre Kräfte in den Dienst der Wohlthätigkeit gestellt, denn der Reinertrag dieser 2. Aufführung soll der Vermehrung des Fonds eines hier zu errichtenden Altersheims dienen. Dafür gebührt den Veranlassern ganz besondere Anerkennung. Das Publikum war mit dem Gebotenen wiederum sehr zufrieden und applaudierte derart, daß der Vorhang wiederholt hochgezogen werden mußte.

* Jeder Naturfreund und speziell jeder Freund unserer Vogelwelt nimmt Aergernis an dem Vorgehen der Dekonomieleitung der hiesigen Landes-Heil- und Pflege-Anstalt. Jede Hecke, die sich im Anstaltsgelände befindet, wird rücksichtslos entfernt. Andererseits werden Schutzgehege für unsere nützlichen Vögel angepflanzt, während hier die natürlichen Brutplätze, meist auf ganz minderwertigem Boden stehend, entfernt werden. So viel uns bekannt, ist seitens der

Stadt schon einmal beim Herrn Landeshauptmann hier-gegen Einspruch erhoben und Abhilfe zugesagt worden. Ein nochmaliges energisches Vorgehen des Magistrats ist am Plage. Gleichzeitig müßte das Erfuchen gestellt werden, wieder geeignete Anpflanzungen zu machen.

* Der im Gehöft des Karl Pfeiffer in Ober-scheid ausgebrochene Milzbrand gilt als erloschen.

* (Einstellung von Drei- und Vier-jährig-Freiwilligen für das III. See-bataillon in Eslingtan und das Ostasiatische Marine-Detachement in Peking und Tientsin (China).) Einstellung: Oktober 1914, Ausreise nach Eslingtan: Januar oder Frühjahr 1915, Heimreise: Frühjahr 1917 bezw. 1918. Bedingungen: Mindestens 1,65 Meter groß, kräftig, gesunde Zähne, vor dem 1. Oktober 1895 geboren (jüngere Leute nur bei besonders guter körperlicher Entwicklung). Angenommen werden Leute aller Berufsarten; erwünscht sind: Elektrotechniker, Mechaniker, Chauffeurs, Schuhmacher, Schneider, Gärtner und schreibgewandte Leute. — Das III. Seebataillon besteht aus: 5 Kompagnien Marine-Infanterie (davon ist die 5. Kompagnie be-ritten), 2 Maschinengewehrzüge, 1 Marine-Feldbatterie (reitende Batterie), 1 Marine-Pionierkompagnie. — Die Vierjährig-Freiwilligen sind in erster Linie für die 5. (berittene) Kompagnie bestimmt. — In den Stand-orten in Ostasien wird außer Wohnung und Ver-pflegung eine Ortszulage von täglich 0,50 Mk. gewährt; die Vierjährig-Freiwilligen erhalten im vierten Dienst-jahre eine Ortszulage von 1,50 Mark. — Meldungen mit genauer Adresse sind unter Beifügung eines vom Zivilvorstehenden der Ersatzkommission ausgestellten Meldefcheines zum freiwilligen Diensttritt auf drei bezw. vier Jahre zu richten an: Kommando des III. Stammesbataillons in Wilhelmshaven, vom 1. Februar 1913 ab in Cuxhaven.

Aus Nassau. Sackenburg. Hier kamen zwei Schreinergefelln in einen Wortwechsel, worauf einer dem anderen eine Ohrfeige gab. Infolgedessen kam einer der Burschen zu Fall und erlitt einen Beinbruch.

Biedentopf, 23. Jan. Der Frühzug 756 stieß gestern morgen in Paasphe bei einem Wegeübergang mit einem boshchen Eisfuhrwerk zusammen. Ein Pferd wurde sofort getötet, das andere Pferd mußte erschossen werden, der Fuhrmann wurde leicht verletzt. (Hinf. Anz.)

Holzhausen b. B., 23. Jan. Seit einigen Tagen zeigt sich am Hochwald an der Schieferkaute ein Mufflon, welches aus dem Wittgensteinischen, wo von der fürstlichen Verwaltung derartiges Wild ausgefetzt wurde, anscheinend herübergewechselt ist. In Preußen darf Mufflonwild bis auf weiteres nicht erlegt werden.

Frankfurt, am 31. Januar beginnt der Zirkus Carree sein sechsehtägiges Gastspiel in der Festhalle, in die für diesen Zweck amphitheatralische Sitze eingebaut werden. Mit der Errichtung der Stall- und Kaffigebäude zur Aufnahme des ganzen Zirkustroups wurde bereits begonnen. Die Eröffnungsvorstellung wird 80 verschiedene Nummern bringen. Für die Dauer des Gastspiels wird ein Flieger als Reklame verwendet werden, der auf seinen Flügen in der Umgegend Reklamemotoren für den Zirkus in die Städte und Dörfer hinabwirft.

ie Wiesbaden, 23. Jan. Insgesamt 66 110,35 Kilo-gramm von der Justizhauptklasse in Frankfurt a. M. und den Justizbehörden der Landgerichtebezirke Frank-furt a. M., Limburg, Rheinfeld und Wiesbaden aus-rangiertes Altematerial, das bei den verschiedenen Gerichtsstellen lagert, stand heute am Landgericht Wies-baden zur öffentlichen Versteigerung, die Obersekretär Rechnungsrat Braß leitete. Eine starke Anzahl Sub-mittenden aus Nord-, Mittel- und Süddeutschland hatte sich eingefunden, um sich um dieses „Stöckchen“ Papier zu bewerben. Dem Steigerer sind die verschiedensten Bedingungen auferlegt. So muß er sofort nach dem vorläufigen Zuschlag 500 Mark Kaution stellen. In das ersteigerte Papier darf er keinen Blick werfen — die Urteile sind übrigens zwecks weiterer Aufbewahrung herausgenommen —, die Einsampfung muß bis Mai beglaubigt nachgewiesen werden, Vermittler dürfen beim Verkauf des Papiers an Papiermühlen für Händler nicht arbeiten. Dies alles ist bei erheblichen Kon-ventionalstrafen festgelegt. Bei der heutigen sich ent-wickeln den Versteigerung blieb mit 4,16 Mark pro 100 Kilo Legbietender die Firma Philipp Vied & Sohn in Wiesbaden, die auch den Zuschlag erhielt. Ein von der Firma Ragenstein & Blank G. m. b. H. in Hannover schriftlich abgegebenes Gebot mit 5,57 Mark pro 100 Kilo mußte mangels Stellung der erforderlichen Kaution unberücksichtigt bleiben.

Geriatsassessor Caesar ist der hiesigen Landes-direktion als juristischer Hilfsarbeiter überwiesen und hat heute seinen Dienst angetreten.

Marburg. In Wetter wohnte ein junges Mädchen bis zum frühen Morgen einem Tanzkränzchen bei und begab sich dann zur Ruhe. Als es nach Stunden er-wachte, mußte es die Wahrnehmung machen, daß es völlig erblindet war.

Darmstadt, 23. Jan. Mit den Vorgängen in der Lungenheilstätte bei Sandbach i. O. hat sich der Vorstand der Landesversicherungsanstalt als zu-ständige Aufsichtsbehörde in einer eingehenden Unter-suchung beschäftigt. Nach einer offiziellen Darstellung in der „Darmstädter Zeitung“ hat die eingeleitete Unter-suchung folgendes ergeben: Die Klagen bezogen sich im wesentlichen auf die Quantität und Qualität des von der Heilstätte gereichten Essens; sie wurden von den Patienten bei dem Chefarzt vorgebracht, und soweit sie begründet waren, von diesem entsprechend berück-sichtigt. Ein Anlaß, in einen Ebstreit einzutreten, und einen Druck auf die Verwaltung auszuüben, lag nicht vor. Auch wurde durch eingehende Vernehmungen fest-gestellt, daß der Hungerstreik von den beiden Patienten, die der Chefarzt zuerst entlassen hatte, planmäßig organisiert worden ist, und daß die übrigen Patienten durch Hegreden und Drohungen von den Anführern

Bekanntmachungen der städt. Verwaltung

Bekanntmachung.

Nachdem nunmehr der Rathausanbau fertiggestellt und in Benutzung genommen ist, wird die Bürgerschaft darauf aufmerksam gemacht, daß als Eingang für die Kassen und das Polizeibüro das Haupttor in der Hauptstraße, für alle anderen Büros und das Standesamt der Eingang in der Bahnhofstraße zu benutzen ist.

Das Polizeibüro — Eingang Hauptstraße — ist von morgens 8 Uhr bis abends 9 Uhr ununterbrochen geöffnet; die übrigen Büros während der Dienststunden vormittags 8½ bis 12½ Uhr, nachmittags 3 bis 7 Uhr.

Die polizeilichen Bekanntmachungen sind im Haupteingangstür in der Hauptstraße, alle anderen Bekanntmachungen, auch diejenigen des Standesamts, in dem zur Eingang Bahnhofstraße angeheftet.

Der Eingang in der Bahnhofstraße ist nur während der Dienststunden geöffnet.

Herborn, den 23. Januar 1914.

Der Bürgermeister: Birkendahl.

Holz-Submissionsverkauf. Stadtwald Herborn.

Im Wege des schriftlichen Angebots sollen verkauft werden:

1. aus den Distrikten Beilstein, Hohewarte, Neuwald und Steinseite:

151 Nadelholzstämme von 25–29 cm Durchmesser mit 73,90 Fm.,

54 Nadelholzstämme von 30 cm und mehr Durchmesser mit 42,75 Fm.;

2. aus den Distrikten Beilstein, Hohewarte und Neuwald:

78 Eichenstämme mit 19,46 Fm. (Gruben- u. Wagnerholz),

27 Eichenstangen mit 2,43 Fm.,

34 Rm. Eichen-Rußschicht,

6 Rm. Eichen-Rußknüppel.

Schriftliche Angebote mit der Aufschrift „Angebot auf Nadel- bzw. Eichenholz“ sind unter Anerkennung der Bedingungen bis Samstag, den 31. d. Mts., abends 6 Uhr, an uns einzureichen.

Eröffnung der Angebote Montag, den 2. Februar, vormittags 11½ Uhr, im Sitzungszimmer des Rathauses.

Die Bedingungen liegen auf Zimmer 10 des Rathauses zur Einsicht offen und können auch gegen 50 Pfg. Schreibgebühren von uns bezogen werden.

Fürster H. erteilt nähere Auskunft.

Herborn, den 20. Januar 1914.

Der Magistrat: Birkendahl.

Stadtwald Herborn. Letzter Holzverkauf.

Freitag, den 30. Januar, vormittags 9½ Uhr, kommen in der Turnhalle im Rathaus aus den Distrikten Beilstein, Hohewarte und Johannisberg zum Verkauf:

Eichen: 1 Stamm — 1,99 Fm., 30 Rm. Scheit und Knüppel, 225 Beilen;

Buchen: 118 Rm. Scheit und Knüppel, 2995 Beilen.

Nadelholz: 87 Rm. Scheit, Knüppel und Keiserknüppel, 370 Beilen.

Herborn, den 22. Januar 1914.

Der Magistrat: Birkendahl.

Holz-Versteigerung.

Oberförsterei Oberscheld versteigert Samstag, den 31. Januar, vorm. von 10 Uhr ab bei Wirt Zimmermann in Bottenhorn aus den Forstorten Alte Ruhweg (Dist. 8 a/c), Walder (Dist. 15 a, 16 a/b) und Roppe (Dist. 1 a) des Schutzbezirks Wallenfels (Fst. Wagner in Schwellengrund) Buchen: 15 Rm. Rstsch, 555 Rm. Scht, 212 Rm. Rstpl., 53,60 Hdt. Rm. Nadelholz: 24 Rm. Scht u. Rstpl.

Die betr. Bürgermeistereien werden um rechtzeitige ortsübliche Bekanntmachung ersucht.

Königl. Oberförsterei Herborn. Holzverkauf.

Montag, den 2. Februar d. Js., von morgens 9½ Uhr an kommen in der Wirtschaft Gung zu Sinn aus dem Schutzbezirk Sinn, Dist. 13 Althof, 18 Erdbachsboden zum Verkauf: Eichen: 10 Rm. Rstsch u. Rstpl., 2 u. 2,2 m lg., 19 Rm. Scht u. Rstpl., 3 Rm. Rstpl. Buchen: 16 Rm. Rstsch, 879 Rm. Scht u. Rstpl., 54 Rm. Rstpl., 4520 Beilen. Nadelholz: 12 Rm. Scht u. Rstpl.

Holz-Versteigerung.

Oberförsterei Oberscheld versteigert am Mittwoch, den 4. Februar, vorm. von 10 Uhr bei Aug. Möbus in Oberscheld aus den Schutzbezirken:

1. Ranzbach (Fst. Gros), Forstort Hitzenhauerberge (109, 110, 111) etwa: Eichen: 5 Rm. Rstpl., 2 Rm. Rst. 1r. Buchen: 280 Rm. Scht, 240 Rm. Rstpl., 20 Rm. Rst. 1r.

2. Paulsgrube (Fst. Gröh), Forstort Hoheluppe (95, 96) u. Kichenberg (97, 98) etwa: Eichen: 4 Rm. Scht u. Rstpl. Buchen: 700 Rm. Scht, 250 Rm. Rstpl., 200 Rm. Rst. 1r.

Die betr. Bürgermeistereien werden um rechtzeitige Bekanntmachung ersucht.

Holzverkauf der Königl. Oberförsterei Haiger

am Freitag, den 6. Februar 1914, von vorm. 10 Uhr ab in der Gutswirtschaft Klost zu Steinbach.

Es kommen zum Verkauf:

Schutzbezirk Steinbach: Dist. 31 Tiergarten: Eichen: 3 Rm. Scheit, 9 Rm. Knüppel; Buchen: 2 Rm. Scheit, 11 Rm. Knüppel; Nadelholz: 3 Rm. Scheit, 25 Rm. Knüppel. Dist. 39 b Ralsheide: Buchen: 265 Rm. Scheit, 271 Rm. Knüppel; Nadelholz: 4 Rm. Knüppel.

Soeben eingetroffen:

die ersten Frühjahrs-Neuheiten

fertiger

Konfirmanden- und Kommunikanten-Kleider

weiss, schwarz und farbig, in reiner Woll- und in reizenden Fassons v. Mk. **13.50** an

J. Pfeffer, Giessen.

Die gediegene Hausfrau

kauft nur das seit 113 Jahren altbewährte **Werner Breuer's Kaffee-Surrogat** in den bekannten blauen Paketen, weil es hält, was es verspricht. Achten Sie aber beim Einkauf genau darauf, daß das verlangte blaue Paket die Aufschrift „Werner Breuer“ trägt, weil viele täuschend ähnliche, teils minderwertige Nachahmungen im Handel sind, die Ihren teuren Kaffee zu einer schwarzen, ungenießbaren Brühe machen. Dies haben Sie nie zu gewärtigen, wenn Sie darauf achten, daß das blaue Paket die Aufschrift trägt:



Werner Breuer
Cöln, am Rheingassenthor Nr. 1141.



Selbstfahrbare BRENNHOLZ-SÄGEN

Auch zum Antrieb von Dreschmaschinen, Schrotmühlen etc. vorzüglich geeignet. Hoher Verdienst gesichert. Man verlange Prospekt kostenlos.

MOTOREN-FABRIK DARMSTADT

Aktien-Gesellschaft.

PIANINOS - FLÜGEL - HARMONIUMS

Ständige Auswahl von ca. 300 Instrumenten, darunter ca. 25 Flügel, billigste bis hochfeinste Modelle. Vertretung v. Bechstein, Berdux, Hofberg, Kaps, Knauf, Mand, Mannborg, Rosenkranz, Schiedmayer, Thürmer. Höchster Bar-Rabatt. Kleine Raten. — Langjährige Garantie. — Freie Probeförderung überallhin. Pianos und Harmoniums zu vermieten (2–12 Mk. monatlich), bei Ankauf Mietgutschrift. Große Werkstätte für alle Reparaturen. Klavierstimmen. Aufpolieren von Pianos. — Pianola. — Phonola. — Welte-Mignon-Piano.

WILH. RUDOLPH in GIESSEN

Großh. Hess. Hoflieferant. Sellersweg 91.

Auk- und Brennholz-Versteigerung.

Die Königl. Oberförsterei Strupbach versteigert Montag, den 9. Februar 1914, vormittags 11 Uhr in der Rupp'schen Wirtschaft zu Erda aus dem Schutzbezirk Talberg: Eichen: 18 Stämme 1r–3r Al. = 26 Fm., 30 Stämme 5r Al. = 8 Fm., 8 Rm. Rstsch in Rollen, 8 Rm. Rstknüppel, 79 Rm. Brennheit und Knüppel, 123 Rm. Keiser 3r Al. Buchen: 43 Rm. Scheit und Knüppel, 225 Rm. Keiser 3r Al.

Schweizerische Lactina Panchaud

Höchstprämiertes Milchermittel zur Aufzucht von Jungvieh: Kälber, Ferkel, Ziegen, Lämmer und Fohlen.



Verkaufsstellen durch obiges Plakat kenntlich. Ein Liter Lactinamilch kostet nur 3¼ Pfg. Wo am Ort selbst nicht erhältlich, wende man sich an die Fabrik in Kehl a. Rh. — Broschüren und Prospekte gratis.

Vertreter: Carl Georg, Getreidegeschäft, Dillenburg.

Carl Schäfer,

mech. Schreinerei und Möbelfabrik, Herborn, Hauptstraße.

Komplette Einrichtungen

in einfacher bis feinsten Ausführung.

Einzelmöbel.

Neuere Bedienung.

Gegen Drüsen

Scropheln, Blutarmer, Engl. Krankheit, Hautausschlag, Hals-, Lungenkrankheiten, Husten, empfehle für Kinder und Erwachsene meinen beliebten

Lahusen's Lebertran

Marke „Jodella“.

Durch seinen Jod-Eisen-Zusatz der wirksamste und meist gebrauchte Lebertran. Gern genommen und leicht zu vertragen. Nur echt in Originalflaschen à Mk. 2.30 und 4.50 mit dem Schutzwort „Jodella“ und dem Namen des Fabrikanten Apotheker Wilh. Lahusen in Bremen.

Frisch zu haben in den Apotheken in Herborn und Dilldorf.

Bienenhonig

empfehle Lehrer Herr, Sinn.

Kogflör

befähigt radikal „Saarelement“, entfernt d. letzten Schuppen. Befördert vorz. d. Haarwuchs. 4 Fl. 50 Pfg. Nur bei Friedr. Michel, Dranten-Druckerei, Herborn.

Biegemaschine,

für Schmiede, wenig gebraucht, sowie Lochstanze mit Schere billig abzugeben.

G. Thomas, Schreiner, Rehe, Rietwald.

Eine schwere, frachtmessende Kuh

(Graubach), steht mit oder ohne Kalb zum Verkauf bei Albert Schöndorf, Landwirt in Nenderoth.

Dankjagung.

Sehe gerne unentgeltlich Auskunft, wie man in kurzer Zeit von Epilepsie, Halluzin., Krämpfen, Nervenleiden geheilt werden kann; auch in allen Fällen.

Herrn Wiederhold,

Schmiedehausen.

Post-Entungen, Hessen-Rassau.

Bitte Rückporto beifügen.

Red Star Line

Rothe Stern Linie

Postdampfer von

Antwerpen

nach

New York

und

Kanada

Auskunft erteilt Red Star-Line, Antwerpen, sowie Hr. Georg in Herborn.